

Runder Tisch zur Aufarbeitung

Betroffene des Radikalenerlasses fordern eine rasche Entschädigung

Baden-Baden. Klaus Lipps ist ein typischer Vertreter der 68er Generation: In Abgrenzung zu seinem nationalsozialistischen Vater suchte der heute 73-Jährige als junger Mann sein Heil in politisch linken Gruppierungen, erst im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, dann in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Obwohl solche Mitgliedschaften damals in vielen Fällen zum Berufsverbot führten, kann der in Baden-Baden wohnende Lipps heute auf eine fast lückenlose Lehrer-Laufbahn zurückblicken. 2006 erhielt der Oberstudienrat zur Pensionierung eine Urkunde mit „Dank für 40 Jahre treue Dienste“.

„Ich bin in dieser Hinsicht eine Ausnahme“, sagt der Sprecher der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“. Er nahm gestern mit weiteren Betroffenen am Runden Tisch der Fraktionen von Grünen und SPD im Landtag Platz. In den 1970er Jahren konnte nur Beamter sein und werden, wer für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintrat. Folge waren laut Initiative 11000 offizielle Berufsverbotsverfahren, mehrere hundert davon in Baden-Württemberg. Zwei Versuche der Behörden, ihn aus dem Schuldienst zu entfernen, hat der Bühler Sport-, Französisch- und Ma-

the-Lehrer vor Gericht abgewehrt. „Die meisten haben aber ihre Prozesse verloren.“ Viele davon hätten keinen anderen vernünftigen Beruf ergriffen und lebten heute in Altersarmut. Für jene sei eine rasche Entschädigung wichtig – „sonst sterben die Leute uns weg“. Neben Pädagogen wie Lipps haben die Berufsverbote auch Universitätsmitarbeiter und Wasserbauingenieure getroffen. „Es gab sogar einen Friedhofsmitarbeiter, der als DKP-Mitglieder keine Gräber mehr ausheben durfte“, erzählt Lipps. Er ist noch immer überzeugt, dass seine 1988 aus internen Gründen beendete Mitgliedschaft in der nicht verbotenen Partei mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vereinbaren war. Da sei er anders als Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der mit seiner linken Vergangenheit gebrochen hat. Kretschmann war Mitte der 1970er Jahre selbst als angehender Referendar im Schuldienst von

einem Berufsverbot bedroht, weil er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) war.

Von seiner radikalen Vergangenheit distanzierte sich der Grünen-Politiker jüngst öffentlich: „Wie kommt es, dass man als gebildeter Mensch auf einmal in so einer Sekte landet? Dass man die Welt nur noch durch einen Tunnelblick sehen kann?“

Er halte es für gerechtfertigt, dass der Staat Zweifeln an der Verfassungstreue angehender Beamter nachgehe. Für eine wissenschaftliche Aufarbeitung hatte sich Kretschmann allerdings ausgesprochen. Julia Giertz



DEMONSTRATION VON BETROFFENEN im Dezember 2014 in Stuttgart. Foto: Forster

Noch 2000 Fallakten gelagert

Die meisten Betroffenen im Südwesten zwischen 1972 und 1991 waren Lehrer

Was war der sogenannte Radikalenerlass?

Am 28. Januar 1972 beschlossen der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und die Ministerpräsidenten die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“. Danach konnte nur Beamter sein und werden, „wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“. Jahre später schafften die Länder die Erlasse nach und nach ab. Baden-Württemberg verzichtete erst 1991 auf die Regelanfrage.

Wer sitzt am Runden Tisch?

Auf Initiative der Regierungskoalition setzen sich die Abgeordneten Uli Sckerl, Beate Böhlen (beide Grüne) und Rita Haller-Haid (SPD) mit zwölf vom Erlass Betroffenen zusammen. Die Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ hätte auch gerne Vertreter von CDU und FDP dabei gehabt.

Was fordern die Betroffenen?

Sie verlangen Aufarbeitung des lange unbeachteten Kapitels. „Wir wollen erreichen, dass die Landesregierung sich bei Betroffenen und deren Familien entschuldigt, uns staatsbürgerlich rehabilitiert und Betroffene vor Altersarmut schützt“, sagte der Sprecher der Initiative, Klaus Lipps.

Was ist vom Runden Tisch zu erwarten?

Zuerst sei es wichtig, den Betroffenen einfach einmal zuzuhören, erläutert Grünen-Politiker Sckerl. Später solle eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben werden.

Welche Quellen können die Wissenschaftler nutzen?

Nach Angaben von Sckerl sind in Kellern des Kultusministeriums – die meisten Betroffenen waren Lehrer –, anderer Ministerien und der Regierungspräsidien noch 2000 Fallakten gelagert. Die Expertise soll in etwa einem Jahr abgeschlossen sein. jug